

Bashar al-Asad ist es bislang nicht gelungen, die syrische Wirtschaft auf einen stabilen Wachstumskurs zu bringen. Neben externen Faktoren sind hierfür in erster Linie institutionelle Defizite verantwortlich. Bashar scheint wesentlichen Grundsätzen seines Vaters und Vorgängers Hafiz al-Asad treu zu bleiben: Machtsicherung heißt das oberste Ziel. Volkswirtschaftliche Aspekte scheinen nachrangig. Bisherige Reformen erzielten größtenteils partielle Wirkung, konnten aber aufgrund der mangelnden Einbindung in ein übergeordnetes Konzept nicht in erforderlichem Maß zu einer nachhaltigen Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beitragen. Viel Zeit scheint Syrien indes nicht mehr zu bleiben. Tiefgreifende strukturelle Reformen und eine Modernisierung der syrischen Wirtschaft sind zwingend notwendig und längst überfällig. Aber trotz wachsendem Druck erscheint es nach wie vor zweifelhaft, ob innerhalb des Regimes der politische Wille für einen umfangreichen und Machtverluste mit sich bringenden Maßnahmenkatalog vorhanden ist.

Die syrische Ökonomie in der Ära Bashar al-Asad

Von Jürgen M. Amann

Die junge Bevölkerungsstruktur und die bereits jetzt bestehende enorme Arbeitslosigkeit von über 25 Prozent, stellen große interne Herausforderungen dar. Hinzu kommen externe Herausforderungen: der Barcelona Prozeß und, mit ihm verbunden, die verstärkte Einbindung des Landes in einen regionalen MENA-Wirtschaftsraum, die starke Abhängigkeit der syrischen Wirtschaft von exogenen Einflüssen (Ölpreis, Tourismus und Agrarsektor) sowie die instabile politische Situation in der Region.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Dabei hatte doch alles zunächst so gut ausgesehen: Nach dem Tod von Hafiz al-Asad im Sommer 2000 übernimmt sein Sohn Bashar innerhalb kürzester Zeit die Präsidentschaft. Wie keinem anderen Mitglied der syrischen Nomenklatur eilt ihm der Ruf eines Erneuerers und Modernisierers voraus. Die syrische Bevölkerung begrüßt den Wechsel beinahe überschwänglich. Und der neue Präsident weiß, was die Stunde gebietet: Kaum im Sattel, initiiert er eine ganze Reihe populärer reformistischer Maßnahmen. Der zuvor auf Eis gelegte ökonomische Liberalisierungsprozeß erlebt eine partielle Renaissance und es entsteht der Eindruck, als stünden diesmal tatsächlich tiefgreifende Reformen bevor.

Doch die Logik der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Syriens ist bei Bashar wie auch schon bei seinem Vater Hafiz al-Asad in erster Linie eine Logik der Machtssicherung. (1) Auch gegenwärtig, im siebten Jahr seiner Präsidentschaft, ist Syrien von einem System gegenseitiger Abhängigkeiten gekennzeichnet. Ein mafiöses Netzwerk von Patronage und Günstlingswirtschaft zieht sich durch alle Ebenen der syrischen Gesellschaft. (2) Die Schlüsselstellen im System nehmen dabei Personen ein, die dem engsten Familien- und Vertrautenkreis Asads entstammen. Auf dem Kongreß der Baath-Partei, der syrischen Staatspartei, im Sommer 2005 entbindet der Präsident die letzten

einflußreichen Repräsentanten der sogenannten *old-guard* von ihrer Führungsrolle. Unter ihnen den langjährigen Vizepräsidenten Abd al-Halim Khaddam – bis dato personifiziertes Synonym für Korruption – und den früheren Innenminister Ghazi Kanaan, der unter der Last der gegen ihn erhobenen Korruptionsvorwürfe wenig später Selbstmord begeht. (3) Entgegen der von einigen Beobachtern mit der Hoffnung auf demokratische Entwicklungen verknüpften These einer dauerhaften Pluralisierung der Machtzentren innerhalb des syrischen Regimes (4) scheint sich allenfalls ein Netzwerkwechsel zu vollziehen: Bashar hat das ihn anfangs umgebende *old-guards-network* seines Vaters Hafiz schrittweise in sein persönliches *young-guards-network* umgestaltet. (5) Und auch bezüglich der vorsichtigen Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Reformkurses, unbestreitbar Bashars größtes Verdienst, läßt sich doch eine gewisse Dauerhaftigkeit altbekannter Verfahrensweisen erkennen.

Vetternwirtschaft

Politischer Einfluß und wirtschaftlicher Erfolg bilden allzu oft eine Allianz der unheiligen Art. Eindrucksvolles Negativbeispiel: die Vergabepaxis der syrischen Mobilfunklizenzen. Zwei Unternehmen teilen sich den lukrativen syrischen Markt für mobile Telekommunikation. Ursprünglich hatten 45 Firmen den detaillierten Ausschreibungskatalog angefordert. Nur sechs Unternehmen gaben nach offiziellen Angaben ein konkretes Angebot ab. (6) Aus dem völlig intransparenten Entscheidungsprozeß gingen schließlich zwei Unternehmen/Konsortien als Sieger hervor, die heute als *Syriatel* und *Investcom* firmieren. Im Nachhinein betrachtet scheinen drei Aspekte des Vergabeprozesses höchst fragwürdig: Zum einen brachte der Verkauf der Mobilfunklizenzen, anders als in den meisten anderen Ländern, kaum Geld in die staatlichen Kassen. Die Lizenzen wurden weit unter ihrem eigentlichen Wert verkauft und das, obwohl sich die enormen Geschäftschancen bereits zum Zeitpunkt der Ausschreibung deutlich abzeichneten. Zusätzlich wurden beide Betreibergesellschaften aus unerklärlichen Gründen von der Gewerbesteuerpflicht befreit. (7) Zum anderen gehört die Firma *Syriatel* zur Hälfte Rami Makhlouf, einem Unternehmer, der im zweifelhaften Ruf steht, seinen ökonomischen Erfolg weniger seinem unternehmerischen Geschick als vielmehr seinen exquisiten Verbindungen zum Regime zu verdanken. Er ist Bashars Cousin und bei fast allen lukrativen Geschäften der jüngeren Vergangenheit mit im Spiel. (8) Der syrische Unternehmer und Parlamentsabgeordnete Riyad Seif, der es gewagt hatte, die allgegenwärtige Korruption und die Machenschaften Makhloufs öffentlich zu machen und seine Kritik im Rahmen einer Eingabe im Parlament offensiv zu vertreten, bekam dessen Rückendeckung durch das Regime sehr deutlich zu spüren: Er wurde von seinem Mandat enthoben und kurzerhand zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Bashar fehlt eine strategische Vision der institutionellen Entwicklung mit Blick auf die Bedürfnisse der syrischen Wirtschaft. (9) Bis in die Gegenwart erscheinen die von ihm verabschiedeten Gesetzesnovellen und Maßnahmen eher partielle Reaktion auf bekannte Mißstände zu sein als

tatsächlich grundlegende Reformschritte – sieht man von der Aufgabe des staatlichen Bankenmonopols einmal ab. Ein klares, operativ angelegtes und mit konkreten Zielvorgaben ausgestattetes Gesamtkonzept für die institutionelle und makroökonomische Reorganisation Syriens ist bis dato kaum zu erkennen.

Ein weiteres Charakteristikum und gleichzeitig großes Problem ist die häufige Implementierung institutioneller Veränderungen in Form zusätzlicher Ausnahmeregelungen. Anstelle der Weiterentwicklung bestehender Regeln bzw. der konsequenten Außerkraftsetzung obsoleter Regulierungen erfolgt die Verabschiedung immer mehr neuer, zusätzlicher Gesetze und Verordnungen. Nicht selten widersprechen sich bestehende und neue Regulierungen und lassen Raum für Willkürentscheidungen durch Ministerien und Behörden.

Letztlich stellt das umfassende System der Genehmigungspflicht privatwirtschaftlicher Aktivitäten durch staatliche Behörden auch nach fast sieben Jahren Bashar noch immer eine Bürde für die syrische Privatwirtschaft dar. Durch Lizenzierungs- und Genehmigungsverfahren behält sich der syrische Staat trotz partieller Lockerungen die Kontrolle privatwirtschaftlicher Aktivitäten vor. (10)

Strukturdefizite

Fast schon erstaunlich, daß private Unternehmen allen Widrigkeiten zum Trotz ihre Rolle im verarbeitenden Gewerbe in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich ausgebaut haben. Dabei wurden neben den klassischen privatwirtschaftlichen Aktionsbereichen Textilien und Bekleidung sowie Nahrungsmittelverarbeitung Schritt für Schritt auch neue Branchen, wie die chemische Industrie, erschlossen. Jüngstes Beispiel ist ein privates syrisch-saudisches Joint Venture zur Produktion von LAB, einem wichtigen Rohstoff für Reinigungsmittel, in Deir Ali, südlich von Damaskus. Mit einem Investitionsvolumen von 44 Mio. USD und einer jährlichen Kapazität von 40.000 Tonnen soll dort die zweitgrößte LAB-Produktionsanlage in der Region entstehen. (11) Bemerkenswert bei vielen jüngeren Projekten sind die Beteiligung ausländischer Investoren und der zunehmende Blick auf Auslandsmärkte. Führen die bisher ergriffenen formalinstitutionellen Maßnahmen also doch zu einer strukturellen Entwicklung der syrischen Wirtschaft? Sind sie doch mehr als Makulatur? Die genannten Indizien deuten zunächst darauf hin. Abgesehen von einigen Großprojekten, muß jedoch das Investitionsverhalten der meisten syrischen Unternehmer derzeit als eher vorsichtig und defensiv charakterisiert werden. Nach wie vor existiert eine Vielzahl institutioneller und makroökonomischer Defizite, die das Investitionsverhalten im Land negativ beeinflussen.

Investitionsklima

Erst kurz vor dem Präsidentenwechsel im Jahr 2000 erfährt Gesetz Nr. 10/1991 durch Gesetz Nr. 7/2000 eine dringend benötigte Nachbesserung. Der Wirkungsansatz, die Mobilisierung privater

Investitionen mittels gewährter Incentives, bleibt im Prinzip unangetastet, die Anpassungen finden sich im Detail. (12) Privatindustriellen Investitionsprojekten, die nicht die Zulassungskriterien für eine Gründung unter Gesetz Nr. 10/1991 erfüllen oder aus anderen Gründen vom Investitionsrat abgelehnt werden, bleibt bis heute als einzige Alternative die Gründung entsprechend des aus dem Jahr 1952 stammenden Dekrets Nr. 103. Diese immerhin schon ihren 55. Frühling erlebende legislative Grundlage bietet weitaus schlechtere Konditionen in Bezug auf Steuerbefreiungen, die Einfuhr von Betriebsvermögen sowie notwendige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe. Darüber hinaus erlaubt Dekret Nr. 103/1952 weder den Retransfer von Gewinnen, ein wichtiges Argument für ausländische Investoren, noch die Eröffnung von Devisenkonten. (13)

Aus ökonomischer Sicht präsentiert sich die Wirtschaftsgesetzgebung nicht optimal, denn es existieren zahlreiche legislative Widersprüche als nicht-intendierte Nebenfolgen gesetzlicher Neuregelungen der Vergangenheit. Die nur zögerliche Beseitigung legislativer Grauzonen indes könnte als Beleg der These dienen, daß zumindest einige der Widersprüche durchaus politisch opportun sind. Innerhalb der bestehenden Grauzonen liegt die individuelle Entscheidung über die letztlich zur Anwendung kommende Regelung im Ermessen von Bürokratie und Administration. Die Besetzung dortiger Schlüsselstellen birgt demzufolge in nicht unerheblichem Maß Patronagepotential. Dies verleiht institutionellen Widersprüchen aus Sicht des Regimes durchaus eine gewisse Rationalität.

Verschärft wird die Situation auch durch das Fehlen einer unabhängigen Justiz. Selbst für Experten syrischen Wirtschaftsrechts sind mitunter auftretende Streitfälle vor dem Hintergrund des institutionellen Regelwerks unlösbar. Die syrische Jurisprudenz wird von den Unternehmern in ihrer überwiegenden Mehrheit als korrupt und abhängig charakterisiert. Der Wahrheitsgehalt dieser Behauptung kann für Außenstehende nur schwer überprüft werden. Eine Tatsache ist jedoch, daß diese Haltung gegenüber dem Justizapparat die unternehmerische Arbeit beeinflusst. Der Rechtsweg scheidet als *Ultima Ratio* der Konfliktlösung praktisch aus. Die am häufigsten angeprangerten Mißstände sind die enormen Wartezeiten, hohe Kosten sowie die völlige Unberechenbarkeit einer Urteilssprechung, bei der häufig persönliche Beziehungen zu Richtern und individuelle Einflußmöglichkeiten entscheidende Faktoren darstellen.

Anachronismus

Die syrische Administration ist wie alle Einheiten des öffentlichen Sektors charakterisiert durch *over staffing* und eine anachronistische Organisationsstruktur. Diese unheilige Mixtur mündet in Intransparenz, Ineffizienz und führt zu einer extremen Schwerfälligkeit des Verwaltungsapparats. Selbst einfachste Verwaltungsgänge sind in der Konsequenz häufig nur in direktem Kontakt zur Leitungsebene der jeweiligen Behörde zu bewerkstelligen, was sich im Regelfall arbeits-, zeit- und kostenintensiv gestaltet.

Mittlerweile erkennt die Regierung Asad selbst den Handlungsbedarf. So begrenzt ein im letzten Jahr verabschiedetes Gesetz den Genehmigungsprozess für Investitionsprojekte auf eine maximale Länge von 15 Tagen. (14) Es bleibt jedoch abzuwarten, ob diese Vorgabe tatsächlich auch Umsetzung findet. Nach wie vor scheut Bashar vor einer umfassenden Strukturreform von Administration und Bürokratieapparat zurück. Ein Grund hierfür ist sicherlich deren Instrumentalisierung. Die gegenwärtig anzutreffende Ausgestaltung der Verwaltungsorgane der syrischen Wirtschaft, Ministerien, Ämter und Behörden, ist nicht zuletzt Ergebnis einer lange Jahre bewußt durchgeführten künstlichen Aufblähung sowie ein Resultat der betriebenen institutionellen Entwicklung. Durch die jederzeit mögliche Einflußnahme auf den administrativen Apparat besitzt die syrische Regierung ein durchaus wirksames Instrument, um auf unbequeme, weil politisch aktive, Mitglieder der syrischen Unternehmerschaft gegebenenfalls Druck auszuüben (siehe das Beispiel des Unternehmers und Regimekritikers Riyad Seif, der aufgrund überzogener Steuernachforderungen der Finanzbehörden sein Bekleidungsunternehmen verkaufen mußte). Zu guter Letzt darf nicht vergessen werden, daß der Verwaltungsapparat, wie auch die staatseigenen Unternehmen, eine *job machine* darstellt, die vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit im Land als Instrument syrischer Beschäftigungspolitik

Private Banken

Die Installierung privater Geschäftsbanken und die Verabschiedung eines Gesetzes zur Garantie des Bankgeheimnisses (Nr. 29/2001) gehören zu den meistbeachteten und wohl wichtigsten Reformschritten in der Amtszeit von Präsident Bashar. Zunächst dauert es fast drei Jahre (Januar 2004) bis die ersten beiden privaten Geldinstitute die Türen ihrer Filialen in Damaskus öffneten – gegenwärtig gibt es in mehreren syrischen Städten Niederlassungen von mittlerweile fünf verschiedenen Banken. (15) Nach einer ersten Phase der Euphorie ist mittlerweile bei allen Beteiligten Ernüchterung eingetreten: Die neu eröffneten Kreditinstitute bieten, verglichen mit Konkurrenten in den Nachbarländern, nur ein stark abgespecktes Dienstleistungsportfolio an. Das ist auf die nach wie vor inadäquaten gesetzlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen. (16) Die Möglichkeit zur Eröffnung von Devisenkonten und die Versorgung mit begrenzten, relativ risikoarmen Importkrediten leisten nur einen bescheidenen Beitrag zur Entschärfung der generell bestehenden Finanzproblematik der Privatwirtschaft. Dabei stellt die Versorgung mit Fremdkapital nach Meinung vieler Experten eines der größten Probleme des syrischen Privatsektors dar. Die staatlichen Banken konzentrieren sich allein auf die Unternehmen des öffentlichen Sektors. Wirtschaftliche Kriterien spielen bei der Darlehensvergabe praktisch keine Rolle, mit der Folge, daß privatwirtschaftliche Unternehmen im bestehenden syrischen Finanzwesen *de facto* keinen Zugang zu Bankkrediten besitzen. (17) Bei Kreditbedarf führt auch in der Gegenwart der Weg zu Banken in Jordanien oder im Libanon oder man bedient sich informeller Kanäle, letzteres ggf. mit den entsprechenden negativen Konsequenzen. Ähnlich problematisch wie die Versorgung mit Fremdkapital gestaltet sich auch die Akquise von Eigenkapital. Auch hier macht sich das Fehlen eines

offiziellen Marktes im Land bemerkbar. Die Eröffnung einer syrischen Wertpapierbörse wird zunehmend intensiver diskutiert und hat nun endlich zu einem Zeitplan, der die Installierung der Damascus-Stock-Exchange bis Mitte 2007 vorsieht, geführt. (18) Die Ironie an der Sache: Dem chronischen Kapitalmangel aufseiten der Unternehmen stehen bereits seit langem große Reserven ungenutzter Liquidität bei Syrern im In- und Ausland gegenüber, wie nicht zuletzt die enormen Auslandsguthaben syrischer Staatsbürger nahelegen. (19)

Staatlicher Interventionismus

Zu guter Letzt stellen die staatlichen Beeinträchtigungen des Wettbewerbs, in erster Linie Preisfestsetzungen, Protektionismus und staatliche Monopole einen weiteren Problemkreis dar. Eine ganze Reihe von Gütern, z. B. ausgewählte Grundnahrungsmittel und Arzneimittel, unterliegen in Syrien der staatlichen Preisfestsetzung. Dieses Relikt des Sozialismus hat zwar im Bereich der Konsumgüter unbestreitbar eine wichtige soziale Funktion, es verhindert aber gleichzeitig die Impulssetzung durch höhere Preise und Gewinne über den Markt. Und sie scheint nach wie vor ein zentrales Element der Regierungspolitik zu sein, so zumindest äußert sich Wirtschaftsminister Amr Lutfi 2006, der eine völlige Übertragung der Preisfindung auf den Markt vor dem Hintergrund möglicher Negativfolgen für ärmere Bevölkerungsschichten ablehnt. (20)

Die gezielte Vergabe von Produktionslizenzen bedeutet einen weiteren staatlichen Wettbewerbseingriff. Die Errichtung von Produktionsstätten ist ausschließlich mit umfangreichen staatlichen Genehmigungen möglich. Syrische Behörden nehmen auf diese Weise aktiv Einfluß auf die Konkurrenzsituation in bestimmten Bereichen der Wirtschaft. Dabei wirken selbstverständlich die bekannten Mechanismen: Private Produzenten können – wenn sie über einen «guten Draht» zum Regime verfügen – ggf. Schutz vor einheimischer und ausländischer Konkurrenz erwirken. Das Ergebnis sind nicht selten überhöhte Preise bei einer u. U. gleichzeitig nicht optimalen Güterversorgung. Darüber hinaus besteht für diese Produzenten kaum Anreiz zu Qualitätsverbesserungen; der Druck, sich gegen Konkurrenzprodukte behaupten zu müssen, fehlt. Anstöße für eine Modernisierung und Restrukturierung der Unternehmen bleiben so aus.

Eine dritte Form des staatlichen Interventionismus sind die nach wie vor existierenden staatlichen Monopole. Am Beispiel des Textilsektors können deren negative Folgen illustriert werden. Die syrische Textilindustrie zählt, nicht zuletzt aufgrund der guten Leistung privater syrischer Stoff- und Bekleidungsproduzenten, zu den modernsten und auch international konkurrenzfähigsten Teilen der syrischen Industrie. Die Einfuhr von Garnen und Vorprodukten aus dem Ausland ist für syrische Weiterverarbeiter mit Zöllen von mindestens 10 Prozent (z. B. für Spezialgarne) belegt bzw. unmöglich, wenn die Produkte in Syrien selbst auch hergestellt werden. Letzteres konstituiert für Baumwolle verarbeitende Betriebe eine Abhängigkeit ihrer Wirtschaftstätigkeit von einheimischer Baumwolle und damit von politischen Entscheidungen. Dies treibt seltsame Blüten: Um auf dem

Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, wird syrische Baumwolle von den staatlichen Handelsagenturen auf Auslandsmärkten billiger angeboten als in Syrien selbst – man spricht von einem rund zwanzigprozentigem Preisabschlag. (21) Für jene 10 Prozent der syrischen Bekleidungsindustrie, die bislang bereits ihre Waren ins Ausland exportieren, bedeutet der Preisunterschied eine Beeinträchtigung ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit. Mit dem vereinbarten Wegfall der lange Zeit bestehenden Einfuhrbeschränkungen für Textilien und Bekleidung im Zuge des GAFTA-Prozesses drohen nun zusätzlich ausländische Bekleidungsproduzenten den syrischen Markt zu erobern – unter Umständen mit Kleidungsstücken, die ebenfalls aus der qualitativ hochwertigen syrischen Baumwolle, bezogen zum 20 Prozent niedrigeren Weltmarktpreis, produziert werden. Sie bedrohen dadurch jene 90 Prozent syrischer Bekleidungsproduzenten – in der überwiegenden Mehrheit KMU – , die sich weitgehend auf den Binnenmarkt konzentrieren.

Deregulierung

Syrien befindet sich gegenwärtig – trotz positiver Ansätze seit dem Amtsantritt von Bashar al-Asad – in einer schwierigen Situation: Die Modernisierung der Wirtschaft auf breiter Front ist bislang ausgeblieben. Vielleicht war sie auch aus machtpolitischem Kalkül bislang nicht intendiert. (22) Die syrische Wirtschaft ist gekennzeichnet von einer Reihe struktureller Defizite: Zunächst ist die starke Abhängigkeit des Wirtschaftswachstums von externen Faktoren, wie dem Ölpreis, klimatischen Einflußfaktoren auf die einheimische Landwirtschaft und der Höhe von Hilfszahlungen aus dem Ausland anzuführen. Darüber hinaus stellen Strukturdefizite im verarbeitenden Gewerbe Syriens ein Kennzeichen dar, welches auf Unternehmen des staatlichen, aber in abgeschwächter Form auch auf viele Betriebe des privaten Sektors zutrifft. Ein nach wie vor niedriger Technisierungsgrad und folglich nur geringe Produktivität unterstützen nicht nur die Abhängigkeit Syriens von der seit 1999 stetig rückläufigen Erdölproduktion (weit mehr als die Hälfte der Staatseinnahmen sind direkt oder indirekt mit dem Erdölsektor verbunden), sondern stehen auch der effizienten Bekämpfung der enormen Arbeitslosigkeit im Weg. Hinzu kommt ein institutionelles und ordnungspolitisches Umfeld, welches mit den beschriebenen Charakteristika keinen Rahmen darstellt, der in erforderlichem Maß unternehmerische Aktivitäten fördert.

1991, zum Zeitpunkt der Verabschiedung von Gesetz Nr. 10/1991, betrug der Anteil des privaten Sektors an der industriellen Wertschöpfung lediglich 40 Prozent. Heute beläuft er sich, Schätzungen des Oxford Business Guide (OBG) zufolge, auf rund das Doppelte. (23) Ein zweiter Blick findet das Bild jedoch getrübt: Güter und Dienstleistungen werden in erster Linie für den syrischen Binnenmarkt produziert und sind dort vielfach durch hohe Zölle vor ausländischer Konkurrenz geschützt. Parallel zur Ausweitung des privaten Anteils am BIP ist der Exportanteil syrischer Industriegüter gesunken. Dies kann als Indiz dafür dienen, daß die Betriebe des privaten Sektors vielfach nicht in der Lage sind, mit ihren Produkten ausländische Märkte zu erschließen. Laut Erhebungen des OBG überschreiten lediglich rund 600 Unternehmen des privaten Sektors die Grenze von 300 Beschäftigten. Die Zahl

kleiner Unternehmen beläuft sich hingegen auf über 25.000, hinzukommen noch weitere 75.000 Mikro-Unternehmen. (24) Nicht zuletzt auch eine Folge des schwierigen Zugangs zu Fremdkapital. (25)

Auch wenn die makroökonomischen Indikatoren derzeit keine akute wirtschaftliche Krise andeuten, bedarf es keiner hellseherischen Fähigkeiten, um zu erkennen, daß der syrischen Wirtschaft ein steiniger und schmerzhafter Restrukturierungsprozeß bevorsteht. Syrien sieht sich bereits jetzt enormen Herausforderungen ausgesetzt, die mittelfristig noch weiter an Brisanz zulegen werden: Intern stellt sicherlich die hohe Arbeitslosigkeit zusammen mit einem niedrigen Pro-Kopf-Einkommen – das durchschnittliche Gehaltsniveau syrischer Arbeitnehmer in Verwaltung und staatlichen Unternehmen beläuft sich nach den letzten Gehaltserhöhungen auf etwa 7.500 SYP/Monat (rund 150 USD), im Privatsektor liegt es etwas höher – das dringlichste Problempaket dar. (26) Dabei ist die enorme Arbeitslosigkeit – offizielle Statistiken des *Central Bureaus of Statistics* führen eine Quote von 11 Prozent an, Schätzungen von Experten reichen derweil bis in eine Größenordnung von 25 Prozent – vor allem ein Problem junger Bevölkerungsschichten. (27)

Nachfrageinduzierte Investitionsimpulse sind so vom Binnenmarkt kurz-/mittelfristig kaum zu erwarten – bleibt die Hoffnung auf die Arabische Freihandelszone, die aber gleichzeitig auch eine Intensivierung der Konkurrenzsituation mit sich bringen wird. Die avisierte Intensivierung der intraregionalen Zusammenarbeit mit den arabischen Nachbarländern und den Mittelmeerranrainern (Barcelona-Prozeß) und der damit verbundene Abbau von tarifären Handelsschranken stellen Syrien darüber hinaus vor zusätzliche Herausforderungen. Grundlage für die Überwindung dieser Herausforderungen kann einzig ein nachhaltiges stabiles Wirtschaftswachstum sein. Notwendige Voraussetzungen wären zum einen sektorübergreifende Produktivitätssteigerungen sowie zum anderen eine verbesserte internationale Konkurrenzfähigkeit syrischer Waren und Dienstleistungen. Um dies zu erreichen, ist ein Konzept umfassender Strukturreformen in allen Bereichen dringend erforderlich. Eine Modernisierung der institutionellen Rahmenbedingungen, der Abbau von Bürokratie und die Entflechtung des Paragraphendickichts sind dringend geboten, um privatwirtschaftliche Aktivitäten noch stärker als bisher zu fördern und Investitionen aus dem Ausland anzuziehen. Zudem fordern viele Experten bereits seit geraumer Zeit einen weit reichenden Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und die Privatisierung staatlicher Unternehmen. (28)

Für den Zeitraum bis 2010 verfolgt Syrien ehrgeizige Wachstumsziele, die u. a. die jährliche Steigerung des BIP um 7 Prozent vorsehen. Erreicht werden sollen diese Zuwachsraten durch die Mobilisierung von Investitionen in Höhe von rund 37 Mrd. USD. (29) Wenngleich Präsident Bashar al-Asad ein generelles Bewußtsein für die Bedeutung des Privatsektors nicht abgesprochen werden kann, so fehlt dem Reformprozeß bislang die notwendige letzte Konsequenz. Angesichts des bisherigen Verlaufs des übervorsichtigen institutionellen Veränderungskurses muß ernsthaft in

Zweifel gezogen werden, ob der politische Wille für umfangreiche und in weiten Bereichen sicherlich schmerzhaft Reformen tatsächlich vorhanden ist. (30) Geht es nach weiten Teilen der syrischen Unternehmerschaft müssen den schönen Reden und vollmundigen Versprechungen nun endlich auch adäquate Taten folgen. Nabil Sukkar, syrischer Volkswirt bringt es auf den Punkt: «There is a need for a ‚Great Leap Forward‘, not an incremental progression». (31)

Jürgen M. Amanns Beitrag enthält Teilergebnisse eines DFG-Forschungsprojekts, welches derzeit am Lehrstuhl Kulturgeographie der Kath. Universität Eichstätt durchgeführt wird. Für die Durchsicht des Manuskripts sei Prof. Dr. Hans Hopfinger und Dr. Marc Boeckler gedankt.

- 1 Vgl. Boeckler, M. (2005): Geographien kultureller Praxis. Syrische Unternehmer und die globale Moderne. Bielefeld. S.158.
- 2 Vgl. Hopfinger, H. (2002): Frontstaat Syrien nach dem Präsidentenwechsel. In: Geographische Rundschau, 2/2002. S.10.
- 3 Vgl. Perthes, V. (2006): Veränderung kommt sicher, aber wie? Bashar al-Asad riskiert sein Regime. In: Inamo 45/2006. S.46.
- 4 Vgl. z.B. Wieland, C. (2004): Syrien nach dem Irak-Krieg – Stagnation oder Umbruch?. In: Orient 1/2004. S.108.
- 5 Siehe hierzu auch Thumann, M. (2006): Abgesang auf eine Dynastie. In: Die Zeit Nr. 10/2006 und Helberg, K. und S. Koelbl (2005): Ein bißchen Freiheit. In: Der Spiegel 24/2005. S.110.
- 6 Vgl. OBG (Hrsg.) (2002): Emerging Syria 2002. London.S.112f.
- 7 Cahen, J. (2002): Hinter jedem Geschäftsmann ein General. In: Le Monde diplomatique Nr. 6905/15.11.2002.
- 8 vgl. auch Koelbl 2005; Perthes, V. (2002): Syrien. Die Tücken des Erbes. In: Perthes, V. (2002): Geheime Gärten. Die neue arabische Welt. Berlin. S.209].
- 9 Vgl. Zorob, A. (2005): Entwicklung und Defizite des wirtschaftlichen Reformprozesses in Syrien. In: Wippel, S. (2005) (Hrsg.): Wirtschaft im Vorderen Orient. Berlin. S.98 ff. Perthes 2002, S. 199.
- 10 Vgl. Vgl. Bank, A. und C. Becker (2004): Syrien unter Bashar al-Asad. Strukturen und Herausforderungen. In: Inamo 40/2004. S. 6 f.
- 11 Vgl. OBG (Hrsg.) (2005): Emerging Syria 2005. London. S.128.
- 12 So wird der Zeitraum der Befreiung von Steuern und Abgaben auf maximal 13 Jahre ausgeweitet – vorher maximal sieben Jahre. Ausländischen Investoren wird der Immobilienerwerb in Syrien ermöglicht – dies war vorher stets allein syrischen Teilhabern und Investoren vorbehalten. Darüber hinaus umfaßt Gesetz Nr. 7/2000 eine gesetzliche Garantie gegen Konfiskation und Enteignung [OBG (Hrsg.) (2005), S.157; Zorob 2005, S.94 f.].
- 13 Vgl. OBG (Hrsg.) (2005), S. 158.
- 14 Vgl. OBG (2007): Syria: Balancing Act. London.
- 15 Vgl. OBG (Hrsg.) (2005), S. 63.

- 16 Die privaten Geschäftsbanken sind den bestehenden Kapital- und Devisenregulierungen unterworfen. Dies führt dazu, daß zwar Einlagen in Form von Devisen angenommen, gleichzeitig aber weder Kredite in Fremdwährungen ausgezahlt noch die Devisen im Ausland angelegt werden dürfen. Auf diese Weise können die Kreditinstitute zum einen keinen Beitrag zur Deckung des Devisenbedarfs syrischer Unternehmen leisten, zum anderen widerspricht diese Restriktion dem üblichen Geschäftsverfahren privater Kreditinstitute, deren Kerngeschäft ja gerade im Verleih von Geldreserven bzw. deren Investition besteht [vgl. OBG 2005, S. 66].
- 17 Vgl. u.a. Poelling, S. (1998b): Syria's Economy in Recession. In: German Arab Trade 2/1998. S.17; OBG (Hrsg.) (2005), S.63 ff.
- 18 Vgl. OBG (2007): Syria: Balancing Act. London.
- 19 Je nach Quelle wird das Auslandsguthaben syrischer Staatsbürger auf 80 bis 100 Mrd. USD beziffert [OBG 2005, S.71].
- 20 Vgl. OBG (2007): Syria: Balancing Act. London.
- 21 Vgl. Hoffmann, S. (2006): All Dressed Up and Nowhere to Go. In: Syria Today 4/2006.
- 22 Der US-amerikanische Syrienexperte Raymond Hinnebusch vertritt in einem 1995 erschienenen Aufsatz die These, daß ein wirtschaftlicher Strukturwandel Hand in Hand mit einem Wiedererstarken der alten sunnitischen Händlerfamilien und der Entstehung einer neuen Bourgeoisie gehen würde. Eine Erosion der sozialen Basis der Baath-Partei – verbunden mit negativen Konsequenzen für das Asad-Regime – wäre dann die Folge. Vgl. Hinnebusch, R. (1995): State, Civil Society and Political Change in Syria. In: Norton, A. R. (Hrsg.) (1995): Civil Society in the Middle East. Brill. S. 214 - 242.
- 23 Vgl. Haddad, B. (2005): Syria's Curious Dilemma. In: Middle East Report 236. S. 8 ff.; OBG (Hrsg.) (2005), S. 40.
- 24 Vgl. OBG (Hrsg.) (2003): Emerging Syria 2003. The Annual Business, Economic and Political Review. London. S. 117.
- 25 Der Anteil privater Kredite am BIP beläuft sich in Syrien auf gerade einmal 7%, verglichen mit einem durchschnittlichen Anteil von 35% in den Nachbarländern der Region – ein Negativrekord und mitverantwortlich für die häufig anzutreffende Unterkapitalisierung vieler privater Unternehmen [vgl. OBG (Hrsg.) (2005), S. 40].
- 26 Siehe hierzu auch Perthes 2002, S.199 ff.
- 27 Vgl. OBG (Hrsg.) (2003), S.33.
- 28 Siehe z.B. Sukkar, N. (2001): Opportunities in Syria's Economic Reforms. In: Arab Banker, Summer Issue; ders. (2005) Threats and Opportunities. In: Syria Today 2/2005; Perthes, V. (2002b): Time for Action. In: OBG (Hrsg.) (2002), S.28–29 und (2003), S.47.
- 29 Vgl. Syria Today (2006): 5/2006.
- 30 Vgl. Die Zeit (2005): Fünftausend Jahre Ideologie. In: Die Zeit 43/2005.
- 31 Nabil Sukkar zit. nach Haddad (2005).